



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

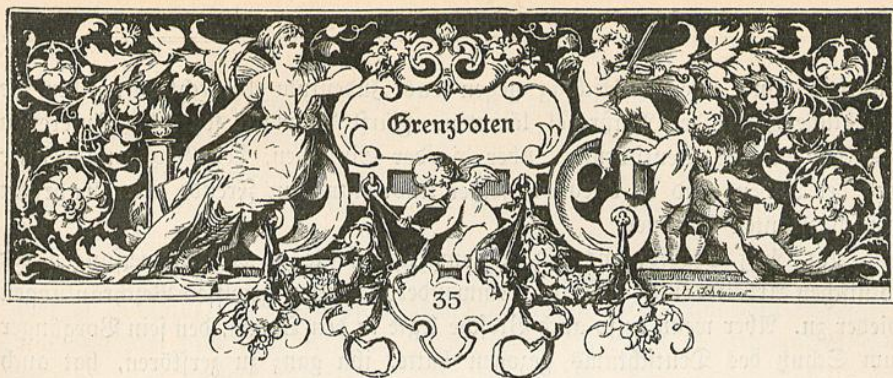
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ist die jetzige preußische Regierung national?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ist die jetzige preußische Regierung national?



Im Mai d. J. berichteten die Zeitungen, die Ermittlungen durch die preußische Regierung hätten ergeben, daß im Interesse der Landwirtschaft auf die Zulassung von Arbeitern aus Rußland und Galizien zur Beschäftigung in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben des Inlandes noch nicht verzichtet werden könne. Die Oberpräsidenten seien daher ermächtigt worden, solche Arbeiter zu vorübergehender oder dauernder Beschäftigung zuzulassen, und zwar nicht bloß wie bisher als einzelne, sondern auch mit ihren Familien. Von einer zeitlichen Begrenzung der Ermächtigung sei abgesehen worden. Große Nachteile auf nationalem Gebiete hätte die Regierung in der Zulassung ausländischer Arbeiter bisher nicht entdecken können.

Diese Erklärung brachten auch halbamtliche und amtliche Blätter. Die preußische Regierung hat nicht widersprochen. Also muß die Erklärung von ihr ausgegangen sein.

Sie wurde gebracht, als handelte es sich um etwas ganz Nebenächtliches. Nicht ein einziges Blatt, auch kein nationales, hat sich irgendwie darüber ausgelassen. Und doch welche schwerwiegende Folgen muß diese Maßregel der preußischen Regierung für das Deutschtum, insbesondre für seine räumliche Ausdehnung haben, wenn sie nicht bald wieder aufgehoben wird!

Als Fürst Bismarck die Gefahren erkannt hatte, die die über die Grenze flutenden slawischen Arbeiter dem Deutschtum brachten, ließ er diese Arbeiter rücksichtslos ausweisen und verbot ausnahmslos ihre fernere Einwanderung. Gegen 30000 Polen mußten damals das deutsche Reich verlassen. Es half nichts, daß die Großgrundbesitzer nach billigen Arbeitskräften jammerten, daß die jüdisch-liberalen Zeitungen, die dadurch eine Stärkung des deutschen Be-

wußtfeins und einen Rückschlag gegen das Judentum befürchteten, über die angebliche Härte der Maßregel lärmten. Fürst Bismarck setzte die Interessen des Ganzen, des Deutschtums, über die der Einzelnen, der Großgrundbesitzer und der Juden, und er blieb bei seiner Anordnung zur Freude aller wahrhaft deutschgesinnten Männer.

Als Graf Caprivi ans Ruder kam, untersagte er die Ausweisungen der polnischen Arbeiter und ließ ihre Einwanderung unter gewissen Beschränkungen wieder zu. Aber wenn er so auch Bresche legte in den Damm, den sein Vorgänger zum Schutz des Deutschtums gezogen hatte, ihn ganz zu zerstören, hat auch er nicht gewagt. Nur einzelne erwachsene Arbeiter durften im Frühjahr nach Deutschland herein und mußten im Herbst nach Beendigung der dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten wieder abziehen. Ganzen Arbeiterfamilien dagegen war es streng untersagt, die deutsche Grenze zu überschreiten, in der Erkenntnis, daß Arbeiterfamilien sicherer und nachhaltiger den Deutschen verdrängen würden als einzelne Arbeiter, und daß es schwieriger sein würde, ganze Familien über die Grenze abzuschieben, als einzelne Leute. Diese Anordnung wurde zunächst nur versuchsweise getroffen; sie sollte nur für drei Jahre gelten. Nach Ablauf dieser Zeit wollte man Erwägungen anstellen, ob sie ohne Schaden für das Deutschtum erneuert werden könnte. Noch vor Ablauf der drei Jahre jedoch ging Caprivi. An seine Stelle traten Männer, auf die jeder gute Deutsche in nationaler Beziehung, namentlich aber in der Polenfrage, die größten Hoffnungen setzte. Doch es gefiel diesen Männern anders zu denken, als man erwartet hatte. Seit Anfang dieses Jahres werden mit Genehmigung der Oberpräsidenten der einzelnen Provinzen sowohl einzelne ausländische Arbeiter, als auch ausländische Arbeiterfamilien aus Rußland und Galizien nach Deutschland hereingelassen, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern auch auf unbestimmte Zeit. Die Anordnung selbst ist nicht mehr wie unter Caprivi für eine bestimmte Zeit, sondern für die Dauer getroffen worden. Die Erledigung der wichtigsten Frage, die jemals an das deutsche Volk herangetreten ist, ist also im wesentlichen dem Ermessen einer Anzahl von Oberpräsidenten überlassen worden und damit der Versumpfung anheimgefallen.

Als Grund für die Maßregel wird angegeben, daß sich aus der bisherigen Zulassung ausländischer Arbeiter keine besondern Nachteile auf nationalem Gebiete gezeigt hätten! Wer sich aber nur einigermaßen mit der Polenfrage beschäftigt hat, bei dem muß diese Begründung das größte Befremden erregen und den Gedanken aufkommen lassen, daß sich die Urheber der neuen Anordnung entweder nicht um die Statistik gekümmert haben oder nicht wagen, vielleicht aus gesellschaftlichen oder verwandtschaftlichen Rücksichten, das materielle Interesse einiger Großgrundbesitzer dem idealen Interesse des deutschen Volkes nachzusetzen.

In den letzten fünfundzwanzig Jahren haben sich allein in der Provinz

Polen die Polen um 200000, die Deutschen dagegen nur um 5000 vermehrt. Auch in der Provinz Westpreußen und in Oberschlesien haben die Polen bedeutend mehr zugenommen als die Deutschen. Und in Ostpreußen verbreitert sich der polnische Gürtel an der Grenze immermehr landeinwärts. Aber nicht bloß unsre Ostprovinzen sind zur Zeit der Gefahr der Slawisierung ausgefetzt. Schon bis an die Thore von Berlin und noch weiter schäumt die slawische Hochflut. Der zahlreiche brandenburgische Großgrundbesitz beschäftigt ganze Scharen polnischer Arbeiter. Und wenn auf einem sozialdemokratischen Parteitage des vorigen Jahres erklärt worden ist, die Landagitation in der Provinz Brandenburg könne nur durch Verbreitung polnischer Flugblätter wirksam betrieben werden, so kann man sehen, wie sehr schon dort der Slawe den deutschen Landarbeiter verdrängt hat. Ähnlich verhält es sich mit Pommern und Mecklenburg, den beiden Hauptstücken des Großgrundbesitzes. Die evangelischen Kirchen auf dem Lande stehen leer, und in den katholischen Kirchen wird schon stellenweise der Gottesdienst in polnischer Sprache abgehalten. In Pommern hat man bei den letzten Reichstagswahlen in einem Wahlkreise einen polnischen Zählkandidaten aufgestellt. Es ist auch gar nichts Seltenes, daß man für die dortige Gegend Handlungsgehilfen sucht, die der polnischen Sprache mächtig sind. Mit jedem Jahre rücken die polnischen Arbeiter gleich dem Dünenfande von Ost nach West weiter vor, eine Stätte des Deutschtums nach der andern begrabend. Ganze Dörfer und Gutsgemeinden, die bisher rein deutsch waren, sind in den letzten Jahren polnisch geworden. Wie Pilze schießen die polnischen Zeitungen empor. Und noch nie haben die Polen so viel Vertreter im Reichstage gehabt wie jetzt.

Mag auch das Anwachsen des Polentums einigermassen durch den Geburtenüberschuß hervorgerufen werden, zum größten Teil beruht es doch auf der Zulassung ausländischer Arbeiter. Da sich jede höhere Kultur in einer größern Zahl vernünftiger Bedürfnisse äußert und Bedürfnisse Befriedigung erheischen, so beansprucht der deutsche Arbeiter als der Angehörige des höher kultivirten Volks mit Recht einen höhern Lohn als der polnische Arbeiter. Wird er von diesem darin unterboten, so muß er ihm das Feld räumen und seine Schritte dorthin lenken, wo der Wettbewerb des Ausländers weniger drückend ist, also nach den Städten, nach dem Westen unsers Vaterlands oder nach Amerika. Allerdings behaupten viele, die der polnischen Einwanderung das Wort reden — wohl zum Teil gegen ihre Überzeugung, um ihre selbstsüchtige und undeutsche Gesinnung zu beschönigen —, daß die Einwanderung nicht sowohl die Ursache als vielmehr die Folge der Abnahme der Deutschen im Osten sei. Das ist grundfalsch. Den besten und untrüglichen Beweis hierfür liefern die Verhältnisse der letzten Jahre. Wegen der niedrigen Getreidepreise ist die Landwirtschaft, namentlich im Osten, in Pommern und Mecklenburg, extensiver betrieben worden, man hat an Kapital und Arbeits-

kräften gespart. Also doch eine geringere Nachfrage nach Landarbeitern. Dabei hat die Industrie mehr darniederbelegen denn je. Also auch hier eine geringere Nachfrage nach Arbeitern. Außerdem aber hat die Auswanderung aus Deutschland nach Amerika bedeutend ab- und die Rückwanderung dorthin bedeutend zugenommen. Während im Jahre 1892 noch 107803 Personen nach den Vereinigten Staaten ausgewandert sind, waren es ihrer 1894 nur noch 38827. Dabei sind 24852 Personen 1894 aus Amerika zurückgekommen. Und im laufenden Jahre wird die Auswanderung wahrscheinlich noch weiter herabgehen. Also in den letzten Jahren ein größeres Angebot von inländischen Arbeitern. Trotz alledem ist im Jahre 1894 die Zahl der eingewanderten Arbeiter gegen 1893 bedeutend gewachsen. Während sie im Jahre 1893 23352 Personen betrug, belief sie sich 1894 auf 27645. Ein beträchtlicher Zuwachs, wenn man bedenkt, daß bisher die Eingewanderten lauter erwachsene Arbeiter waren und jeder von ihnen eine inländische Familie in der Stärke von mindestens vier Köpfen verdrängt. Und in diesem Jahre ist die Einwanderung größer denn je zuvor. In Massen, wie es bisher noch nicht dagewesen ist — so berichtet die Deutsche Tageszeitung —, kommen die Landarbeiter bis aus dem Innern Rußlands heraus über unsre Grenze, um bei uns Arbeit zu suchen. Die inländischen Arbeiter, die jetzt aus Mitteldeutschland nach dem Osten zurückkehren, da sie dort keine Arbeit gefunden haben, müssen arbeitslos umherlungern, denn die Russen haben ihre Plätze besetzt.

Und bei diesen Thatsachen tritt die preussische Regierung mit der Behauptung auf, aus der Zulassung ausländischer Arbeiter hätten sich bisher keine großen Nachteile in nationaler Beziehung geltend gemacht! Begreife das, wer kann! Anstatt die Einwanderung allmählich zu beschränken, wie von nationaler Seite wiederholt und dringend gefordert worden ist, wird sie durch die neuere Maßregel bedeutend erleichtert. Der ausländische Arbeiter wird von jetzt ab mit Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz in dieser nicht bloß vorübergehend, sondern auch dauernd zugelassen. Und das gefährlichste: auch ganzen Arbeiterfamilien kann der Aufenthalt gewährt werden. Diese Bestimmung muß, wenn sie nicht bald aufgehoben wird, dem Deutschtum des Ostens den Todesstoß versetzen. Bis jetzt hatte der Großgrundbesitzer des Ostens wenigstens ein Interesse, sich den deutschen Arbeiter zu erhalten: nämlich die billige Arbeitskraft seiner Kinder auszunutzen zu können. Mußte er auch vielleicht dem inländischen erwachsenen Arbeiter einen höhern Lohn zahlen als dem ausländischen, so wurde das dadurch aufgewogen, daß ihm die billigere Arbeitskraft der Familienglieder des Inländers zur Verfügung stand. Dies wird in Zukunft anders werden. Die Familie des Ausländers tritt nun mit der inländischen in Wettbewerb. Sie wird die des deutschen Arbeiters unterbieten. Und da das letzte Interesse des Großgrundbesitzers für den deutschen Arbeiter weggefallen ist, so wird er nun mit rasender Schnelligkeit von der Bild-

fläche verschwinden. Allerdings hat der Oberpräsident seine Genehmigung zu erteilen, wenn es sich um Zulassung von Familien handelt. Auch kann er jederzeit diese Genehmigung zurückziehen. Aber was das zu bedeuten hat, weiß jeder, der die schwankende, nachgiebige Politik der preußischen Regierung in der Polenfrage kennt. Hat das preußische Ministerium einmal den Grundsatz anerkannt, daß das materielle Interesse einzelner Glieder des Volks dem idealen Interesse des ganzen Volks, sich seinen räumlichen Bestand zu erhalten, vorgehe, und daß das kleine Mittel der billigen Arbeitskräfte ein Gegengewicht gegen die Schäden der Handelsverträge für die ländlichen Grundbesitzer sein soll, dann müssen die Oberpräsidenten auch die Folgerungen davon ziehen und ausländische Arbeiterfamilien dort zulassen, wo sie angeblich gebraucht werden. Bei diesem Grundsatz giebt es auf der schiefen Ebene kein Halten mehr, und das Ministerium wird schließlich die Einwanderung von jeder Schranke befreien. Auch Ansichten der einzelnen Oberpräsidenten spielen dabei eine Rolle; und da Herr von Wilamowitz-Wöllendorf, der Oberpräsident von Posen, der gefährdetsten deutschen Provinz, erklärt hat, er halte den Zuzug russischer Arbeiter für eine unabänderliche Thatsache, so wird man sich denken können, wie dieser Herr seine Bestimmungen treffen wird.

Aber die jetzige preußische Regierung hat nicht nur den Zuzug polnischer Arbeiter erleichtert; sie geht noch weiter: sie will ihm sogar, wenn auch unbewußt, Vorschub leisten. Sie will die industrielle Verwertung der Wasserkräfte Ostpreußens fördern. Die Folge wird sein, daß durch die entstehende Industrie der Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen werden und der Arbeitermangel verschärft wird. Warum wartet man bei unsern Arbeiterverhältnissen nicht den natürlichen Lauf der Dinge ab, bis das platte Land einen Überschuß von Arbeitskräften an die Industrie abgeben kann? Warum wird auch hier wieder das materielle Interesse in den Vordergrund gestellt? Der Landwirtschaftsminister endlich hat erklärt, er wolle dafür sorgen, daß die vorübergehend beschäftigten ausländischen Arbeiter von Beiträgen zur Alters- und Invaliditätsversicherung befreit würden. Also eine Prämie für die Beschäftigung derartiger Arbeiter!

Weiter begründet die preußische Regierung ihre jetzige Anordnung damit, daß auf die Zulassung von Arbeitern aus Rußland und Galizien „noch nicht“ verzichtet werden könne. Bei den Worten „noch nicht“ nimmt man an, daß entweder für die Zukunft die Zulassung beschränkt worden sei, oder aber, daß die Nachfrage nach ausländischen Arbeitern abgenommen habe. Wie wir aber gesehen haben, ist nach beiden Richtungen hin das Gegenteil der Fall. Oder glaubt etwa die Regierung, daß die bisherigen Maßregeln, den deutschen Bauern- und Arbeiterstand zu vermehren, jemals den Zuzug ausländischer Arbeiter schwächen oder gar aufhalten würden? Von denen, die durch die Ansiedlungskommission und durch die Generalkommissionen angesiedelt worden sind, sind drei

Vierteile aus dem Osten selbst. Ihre Arbeitskraft würde also auch ohne die Kommissionen dem Osten zur Verfügung stehen. Und wenn auch jährlich einige Hundert aus dem übrigen Deutschland im Osten angesiedelt werden, was soll das bedeuten gegen eine jährlich nach Tausenden wachsende Einwanderung! Dem gegenüber kann auch die Thätigkeit des Vereins zur Förderung des Deutschtums nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Wenn die Regierung der ausländischen Zuwanderung durch Befiedlung den Boden abgraben will, dann müßten ganz andre, energischere Maßregeln ergriffen werden.

Die polnische Arbeiterfrage ist geradezu eine Lebensfrage für das Deutschtum; sie ist von so ungeheurer Wichtigkeit, daß ihre Lösung nicht den Ministerien überlassen bleiben, sondern durch Gesetz geschehen sollte. Mit den Ministern wechseln die Ansichten. Daher wird die polnische Arbeiterfrage so lange schwankend und mit keinem oder nur geringem Erfolge für das Deutschtum behandelt werden, als sie zur Zuständigkeit des Ministeriums gehört. Leider aber ist kaum zu erwarten, daß sie je durch Gesetz im deutschnationalen Sinne erledigt werden wird. Mag auch vielleicht die Regierung dazu bereit sein, die deutsche Volksvertretung wird es schwerlich sein. Die sozialdemokratische Partei und die freisinnigen Parteien scheiden wegen ihres Mangels an Deutschgefühl von vornherein aus. Auch die Zentrumspartei wird nicht zu haben sein. Bei ihr steht in erster Linie immer der Katholik, gleichviel, welchem Volke er angehört, erst in zweiter Linie der Deutsche. Und was die konservative Partei betrifft, so würden sich ihre gebornen Vertreter, die Großgrundbesitzer, mindestens gleichgiltig verhalten, weil ihr materielles Interesse dem Interesse des Deutschtums zuwiderläuft. So bleiben noch die nationalliberale Partei und deutsch-soziale Reformpartei übrig. Aber beide machen keine Parlamentsmehrheit und werden sie auch kaum jemals machen. Wohl wird sich die deutsch-soziale Reformpartei, die in ihrem neuen Programm zur polnischen Einwanderungsfrage im deutschnationalen Sinne energisch Stellung nehmen soll, noch manchen Reichstagsstiz erobern, es hat wenigstens den Anschein; aber nie wird sie eine solche Stärke erreichen, daß sie mit der nationalliberalen Partei, die ihren Höhepunkt überschritten hat, den Ausschlag geben könnte.

So wird in Zukunft wohl oder übel eine Lebensfrage des Deutschtums dem Ermessen des preussischen Ministeriums überlassen bleiben. Leider vermiffen wir seit Fürst Bismarcks Abgang bei den preussischen Ministern, abgesehen von dem Finanzminister Miquel, wie in andern, so auch in nationalen Dingen die gehörige Schneidigkeit. Man will es allen recht machen und verdirbt mit allen. Vielleicht fügen uns die Handelsverträge einen volkswirtschaftlichen Verlust zu, der dem eines verlorenen Krieges gleichkommt. Hüte man sich, daß sie uns nicht etwa als Ursache des kleinen Mittels der billigen Arbeitskräfte noch einen Gebietsverlust bringen, der zehnmal größer ist als Elsaß-Lothringen. Soll Preußen rechts von der Elbe dem Deutschtum in den

nächsten achtzig Jahren nicht größtenteils verloren gehen, so muß der Kampf mit dem Polentum rücksichtslos aufgenommen und die Einwanderung polnischer Arbeiter unbedingt verboten werden. Gleichzeitig muß eine kräftige Besiedlung des Ostens durch Deutsche aus dem übrigen Deutschland ohne Schonung von Geld begonnen werden. Wir geben jährlich Hunderte von Millionen aus, um ein starkes Heer gegen etwaige äußere Feinde zur Verfügung zu haben; was sollen da zehn Millionen jährlich bedeuten, wenn es gilt, zu verhindern, daß uns im eignen Lande ein gefährlicher Gegner entstehe! Das Nationalitätsprinzip bewegt die Gegenwart und wird auf der Tagesordnung der Zukunft stehen. Und die Frage der Errichtung eines polnischen Staats wird bei der nächsten ernstlichen Verwicklung, die wir haben, zur Entscheidung gebracht werden. Wehe uns, wenn ein anfangs siegreicher Gegner die Fahne des Polentums aufrollt, oder wir schließlich unterliegen, und wenn das Polentum so wie bisher in Deutschland Fortschritte gemacht hat! Und wenn jeder Kolonist der Regierung zehntausend Mark kostete, so wäre dies für die Stärkung des Deutschtums kein zu hoher Preis. An Ansiedlern würde es sicher nicht fehlen. Unser Unteroffizierstand könnte ein ausgezeichnetes Material dazu liefern. Siedelte man jährlich nur tausend Unteroffiziere an, verwendete man dabei jährlich zehn Millionen Mark unter Verzicht auf Rückgewähr, und führte man für diese Ansiedlerstellen die Grundsätze der Unverschuldbarkeit, der Anteilbarkeit und der Unvereinbarkeit streng durch, so würde sich nach und nach im Osten ein Bauernstand bilden, der in nationaler und volkswirtschaftlicher Beziehung nichts zu wünschen übrig ließe. Aber freilich, Geld würde es kosten. Große Ziele erfordern eben große Opfer. Durch eine Besiedlung dagegen von privatwirtschaftlichem Gesichtspunkte aus, wie sie bisher geschehen ist, wird man nie etwas nachhaltiges erreichen.

Durch kräftigere Besiedlung würde übrigens auch die Moral einigermaßen vor einer Niederlage bewahrt werden. Das internationale Großkapital nämlich hat das größte Interesse gezeigt, daß die Handelsverträge angenommen würden. Himmel und Erde hat es deshalb in Bewegung gesetzt. Die Handelsverträge werden den Untergang eines großen Teils unsrer ländlichen Grundbesitzer herbeiführen. Dieselben Kapitalisten aber, die den Abschluß der Handelsverträge betrieben haben, schicken sich schon jetzt an, ihres Vorteils wegen die im Preise tief gesunkenen und noch tiefer sinkenden Landgüter an sich zu reißen. Sie beabsichtigen, entweder sie mit Hilfe der Rentengutzgesetze zu zerschlagen oder mit ihnen à la hausse auf den Termin des Ablaufs der Handelsverträge zu spekulieren. Sie nehmen an, daß dann durch ihren Einfluß und um den Rest der jetzigen Grundbesitzer vor dem Untergange zu bewahren, die Getreidezölle erhöht werden und insolgedessen die Preise der Landgüter wieder steigen werden. Es ist unmoralisch, daß die, die den Ruin unsers jetzigen Grundbesitzerstandes veranlaßt haben, diesen Ruin benutzen, Vorteil

daraus zu ziehen. Dies würde die preußische Regierung teilweise verhindern, wenn sie zur Besiedlung als Käufer in großem Maßstabe auf dem Grundstücksmarkt aufträte.

Es ist auffallend, wie wenig sich die sogenannte öffentliche Meinung, wie sie in Zeitungen, in Versammlungen und in Eingaben zum Ausdruck kommt, mit der polnischen Einwanderung beschäftigt hat. Wenn einem Deutschen, der sein Vaterland vielleicht auf immer verlassen hat, im Ausland ein Unrecht geschehen sein soll, dann geht durch ganz Deutschland ein Sturm der Entrüstung. Und doch ist in diesem Falle das deutsche Volk an sich, in seiner Gesamtheit, nicht im geringsten geschädigt, während die polnische Einwanderung für uns eine Existenzfrage ist. Es mag ja dem Deutschen im Auslande ein Unrecht geschehen sein; aber ein noch größeres Unrecht begehen wir selbst an Angehörigen unsers Volkes, an unserm deutschen Arbeiter im Osten, wenn wir zulassen, daß durch Ausländer der Tagelohn auf einen Betrag herabgedrückt wird, bei dem der Inländer nicht bestehen kann. Ist doch in diesem Jahre, wie die Deutsche Tageszeitung mitteilt, infolge der starken polnischen Einwanderung der Tagelohn auf neunzig Pfennige gesunken! Was würden wohl unsre höhern Beamten, die die Geschicke des Ostens leiten, sagen, wenn man ihnen gegenüber ein derartiges Unterbietungsverfahren einführt? Sollte man nicht vor allem die deutschen Landarbeiter im Konkurrenzkampfe schützen, da sie der wirtschaftlich schwächste Teil unsers Volkes sind? Kein Wunder, wenn der gemeine Mann auf den Gedanken kommt, daß der Begriff Deutschthum für die höhern Stände bloß soweit, als es deren Vorteil mit sich bringe, vorhanden sei, und sich der Sozialdemokratie in die Arme wirft.

Daß sich die öffentliche Meinung mit der polnischen Einwanderung fast gar nicht beschäftigt hat, beruht zum Teil darauf, daß ihren Machern das Schicksal des gemeinen Volkes gleichgiltig ist, weil dessen Interessen nicht dieselben sind wie die ihrigen. Zum größten Teil kommt es aber daher, daß die Verhältnisse unsers deutschen Landarbeiters im Osten und die Gefahren, die dort dem Deutschthum drohen, zu wenig bekannt sind. In dieser Richtung aufzuklären, ist der Zweck dieses Aufsatzes. Nimmt sich die öffentliche Meinung der Angelegenheit kräftig an, dann muß die preußische Regierung ihre Maßregel abändern, wenn anders sie sich nicht offen zum Internationalismus mit seiner Folge, dem Republikanismus, bekennen will. Noch wäre es Zeit, zu verhindern, daß ein großer Teil Deutschlands wider den Willen der Besten seines Volkes durch die Ansichten einiger preußischen Minister, namentlich des Herrn von Köller, dem Slaventhum verfallend, just fünfundzwanzig Jahre nachdem es 40 000 Tote auf dem Plage hat liegen lassen, um seine Unabhängigkeit und seinen Besitzstand gegen einen viel weniger gefährlichen Feind zu wahren.

